

notwendigerweise übernatürliches Erkenntnislicht zu vermitteln. So hätten jene Männer neben manchen Irrtümern auch echte Wahrheiten der sittlich-religiösen Ordnung künden können. In keiner Nation habe sich Gott unbezeugt gelassen. Speziell der Konfuzianismus anerkenne eine universale Ordnung (Tao), die den Menschen verpflichtet, sich in ein System von Loyalitäten einzuordnen. Dies sei ein guter und selbst besserer Ansatzpunkt für die Bekehrung der Konfuzianisten als die Seinsphilosophie des Aristoteles. Auch dem Taoismus (als asketischem Wegbereiter zur Gotteserkenntnis) gewinnt Fulton J. Sheen bessere Seiten ab als Matteo Ricci. Sehr stark betont den religiösen Grundgehalt des Konfuzianismus auch der Professor am Missionswissenschaftlichen Institut des Propagandakollegs, Msgr. Stanislaus Lokuang, in seinem nunmehr in zweiter Auflage erschienenen Werk „La Sapienza dei Cinesi“ (Rom 1957).

Der Blick auf die Religiosität der chinesischen Katholiken

Es ist sicherlich erlaubt, in diesem Zusammenhang auch das Zeugnis der Christen Chinas als Beweis für die religiöse Anlage dieses Volkes anzuführen. Gewiß haben der Trend des Europäismus und die vermeintlichen oder wirklichen Vorteile eines Anschlusses an „die Religion der Europäer“ die Konversion von vielen Chinesen in der nun abgeschlossenen Periode des Kolonialismus und der westlichen Hegemonie beeinflußt. Aber die Geschichte der Verfolgungen hat gezeigt, daß Tausende von Chinesen für religiöse Ideale zu leiden und zu sterben verstanden. Man muß sich davor hüten, die These zu glauben, es habe in der chinesischen Mission der Neuzeit nur „interessierte“, nur „Prozeß-“ und „Reischristen“ gegeben. Gerade die jüngste und größte aller bisherigen Christenverfolgungen in China hat das echte Gold religiöser Überzeugungstreue aus dem Schmelzofen physischer und psychischer Qualen leuchtend hervortreten lassen, und zwar zu einer Zeit, als die Christen Chinas auf keine irdischen Vorteile mehr hoffen und keine Konsulargerichtsbarkeit der Westmächte mehr anrufen können. Ihr Los ist, wenn sie standhaft bleiben, moralische und gesellschaftliche Vernichtung, Hunger und Elend. Die Nachrichten über das Drum und Dran der sechswöchigen Konferenz zu Peking, auf der im Vorjahr ein neuer Versuch — der dritte in der Reihe — gemacht wurde, die Katholiken organisatorisch und ideologisch dem System der Kommunisten einzugliedern, (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 560 ff.) bestärken uns in der Überzeugung, daß die Regierung weiter vom Ziele entfernt ist als je. Sie organisiert mit Renegaten oder zwangsweise Gepreßten, aber statt der Substanz des katholischen Lebens erfaßt sie nur nebelhafte Schemen, die sich bei Berührung in ein Nichts auflösen. Es wird den Kommunisten nicht gelingen, die katholische Kirche Chinas zu einer spontanen Entfaltung im Rahmen der „Patriotischen Vereinigungen“ zu bringen.

Für die religiöse Anlage der Chinesen kann schließlich die Erfahrung der Kirche noch einen weiteren Beitrag leisten. Es gibt in der Welt viele Gemeinden katholischer Auslandschinesen, die sich aktiv am Leben der Kirche beteiligen und oft andersnationale katholische Gruppen am gleichen Ort durch ihre Kirchentreu besänftigen. In Südostasien insbesondere gehören diese Gemeinden oft zu den besten, wenn man etwa von den vietnamesischen Pfarreien absieht. Keine irdischen Interessen binden dort

die Chinesen an die Kirche. Sie leben aus dem Glauben und aus der religiösen Kraft ihrer Seele.

Das einfache Volk Chinas wird zur Zeit in unerträglichem Maße vom Kommunismus indoktriniert. Aber abgesehen von den Enttäuschungen, die der Nichtverwirklichung des angekündigten Paradieses auf Erden folgen werden und schon in reichem Maße gefolgt sind, wird das Übermaß der Propaganda des Materialismus möglicherweise zu einer psychologischen Reaktion führen, die sich naturgemäß in neuer Schätzung spiritueller Werte zeigen wird, an denen die chinesische Kultur einmal reich war. Im Mai und Juni vorigen Jahres, in der kurzen Periode der „freien Meinungsäußerung“, haben sich die Intellektuellen des Landes in sehr großer Zahl gegen die ausschließliche Propaganda des Marxismus gewandt. Sie sind dem Kommunismus nicht ins Netz gegangen. Werden die chinesischen Massen von dieser Haltung der geistigen Führungsschicht unberührt bleiben? Die Erfahrungen der Geschichte in ähnlichen Situationen bei anderen Völkern scheinen dagegen zu sprechen.

Ökumenische Nachrichten

Vom Existenzkampf der Evangelischen Kirchen in der Ostzone Seit der Annahme des Vertrages über die Militärsorge in der BRD durch die 7. Generalsynode der EKD im März 1957 (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 321) ist Bischof Dibelius, gegen den die politischen Beschimpfungen immer heftiger geworden sind, der Weg in die Ostzone versperrt. Der Existenzkampf der evangelischen Landeskirchen hat, besonders seit der Geldumtauschaktion und der Abdrosselung finanzieller Unterstützungen aus den westlichen Gliedkirchen der Union, eine Schärfe angenommen, die das Schlimmste, vor allem die Trennung der EKD in zwei Hälften, befürchten läßt. Die erneute Kancelabkündigung vom 20. Oktober gegen die Teilnahme evangelischer Christen an den erzwungenen staatlichen Jugendweihen war an sich nichts Ungewöhnliches. Neu aber ist die Form des Kampfes seitens der SED, die nunmehr Dorf- und Volksversammlungen mit Resolutionen gegen die Pfarrer organisiert und diese von den treuen Gemeinden zu isolieren sucht. Neu ist auch die Weise, wie gegen den am 5. April 1957 verhafteten Leipziger Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler der Prozeß gemacht wurde, der nach einem auffallenden Schulbekenntnis am 27. November mit fünf Jahren Zuchthausstrafe endete. Diese und andere Zeichen sind so ernst, daß am 1. Advent in Ostberlin eine Synode der Evangelischen Kirche der Union zusammentrat, um über die Haltung zu schwebenden Fragen Klarheit zu schaffen und die Einheit der Union über die Zonengrenze hinweg zu festigen.

Synode der Evangelischen Kirche der Union (EKU)

Der Vorsitzende des Rates, D. Scharf, verurteilte in seinem Tätigkeitsbericht zunächst die Amtsbehinderung von Bischof Dibelius in der Ostzone. Er gab sodann eine Erklärung zur Urteilsbegründung gegen Pfarrer Schmutzler ab, dem u. a. landesverräterische Beziehungen zu Evangelischen Akademien der BRD vorgeworfen wurden, und sagte, die Arbeit dieser Akademien geschehe „ohne politische Voreingenommenheit in freier Diskussion mit allen,

die sich dazu einladen lassen. Die Akademietagungen vereinigen Kriegsdienstverweigerer und Soldaten, organisierte Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Journalisten aller Parteien, Verwaltungsjuristen, Politiker und Richter, Marxisten und Christen. Die Evangelischen Akademien sind nicht ‚Stätten der Umerziehung‘. Sie wollen dazu helfen, daß Menschen, auch Menschen gegensätzlicher Anschauungen, einander kennenlernen, daß sie die Gründe des anderen für seine Urteile und Auffassungen kennenlernen und daß sie von der Botschaft der Kirche erfahren. Die Freundeskreise der Akademien aber, die die Besucher der Tagungen in festerer Verbindung miteinander halten wollen, sind — wie die Studentengemeinden und die Jungen Gemeinden — die neue Form kirchlicher Gemeindebildung, die über die geographisch-parochiale Ordnung hinaus die Menschen, die an ihrem Wohnort zur Kirche keine Beziehungen haben gewinnen können, in die kirchliche Gemeinschaft hineinnimmt. Sie sind wie die Ortsgemeinden Gemeinden im strengen Verständnis des biblischen Begriffes, gottesdienstliche Gemeinden. Sie sind, wie es in der Vereinbarung mit den staatlichen Organisationen aus dem Juli 1953 ausgedrückt ist, Lebensäußerungen der Kirche. Man hat sie jüngst Gildengemeinden genannt. Sie sollen die volkshirchlichen Gemeinden nicht ablösen, aber sie müssen sie ergänzen, wie das die mittelalterliche Gilde tat im Unterschied zur Einteilung der Bürgerschaft in Stadtquartiere.“

Entweder Konfirmation oder Jugendweihe

Die Unvereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirmation begründete Präses Scharf mit folgenden Worten: „Wir können uns nicht damit abfinden, daß die Jugend der Kirche im inneren Zwiespalt sich zugleich zu Christus bekennt und zu einem wissenschaftlichen Fortschrittsglauben, der Gott leugnet, die Schöpfung bestreitet und den Menschen zum mächtigsten aller Wesen erklärt, über dem es kein anderes Wesen gebe, und der den Glauben der Christen Hirngespinnste nennt. Wir wehren uns gegen eine politische Inanspruchnahme der Kirche durch einzelne Parteien oder sogenannte christliche Regierungen. Und wir verwahren uns dagegen, wenn uns bei der Auseinandersetzung um die Jugendweihe ein Eintreten für Wahrheit und Lauterkeit und ‚Einfalt des Herzens‘ im besten biblischen Sinne als Gewissenszwang und Staatsfeindschaft und Boykotttheze ausgelegt wird. Um es ganz eindeutig klarzustellen: wir wollen in der Frage der Jugendweihe — Konfirmation weder direkten noch auch nur indirekten Zwang ausüben. Gewiß, wir wollen die Botschaft vom Heiland und Herrn Jesus Christus allenthalben anbieten dürfen. Darum erwarten wir, daß die Eltern ihre getauften Kinder in den Unterricht der Kirche schicken, damit die Jugend mit der Lehre der Kirche bekannt wird. Wir freuen uns auch über die Teilnahme von nichtgetauften Kindern am Unterricht. Aber vom Bekenntnis der Kinder am Konfirmationstage selbst wünschen wir uns, daß es in voller Freiheit und aus innerer Überzeugung geschehe. Hier darf auch nicht der Wille der Eltern bestimmend sein oder die fromme Volkssitte oder das Bedürfnis nach religiöser Weihe des Abschieds aus Schule und Elternhaus. Über Zwangsmittel verfügt die Kirche nicht. Wir können auch für die Teilnahme an der Konfirmation keine Vorteile bieten. Wir können nicht mit Nachteilen drohen. Wir können nicht in Aussicht stellen, daß das konfirmierte Kind eher als ein nichtkonfirmiertes zur Oberschule zu-

gelassen wird oder studieren darf oder die gewünschte Lehrstelle erhält. Im Gegenteil, wir wissen, daß der Jugendliche, der zur Konfirmation gekommen ist und darum die Jugendweihe ablehnt, Nachteilen ausgesetzt ist, er und seine Eltern. Wir halten dies für eine echte Bekenntnissituation, die dem Charakter der Konfirmation, wie wir sie üben möchten, nur förderlich ist.“

Die EKU in der Ökumene

Zur ökumenischen Linie der EKU erklärte Präses Scharf, die Evangelische Kirche der Union sucht zwar in erster Linie die Beziehungen mit den unierten Kirchen der Welt, tritt aber nicht dafür ein, daß neben den lutherischen, reformierten, methodistischen und anderen konfessionellen Weltbünden jetzt auch ein unierter Weltbund zu schaffen sei. Sie will vielmehr um der ganzen Christenheit willen und stets in Fühlungnahme mit dem Weltrat der Kirchen die Verbindung zwischen den konfessionellen Weltbünden halten. Präses Scharf betonte, daß die Arbeit der konfessionellen Weltbünde nicht als „kirchenpolitische Blockbildung“ verdächtigt werden solle; aber man möge auch die Unionskirche nicht verdächtigen, wenn sie sich aus solchem Sog absichtlich heraushalte und damit ein Opfer an äußeren Wirkungsmöglichkeiten bringe, um eines sicher nicht wertloseren Einflusses willen zum Nutzen des Ganzen.

Im einzelnen erwähnte Präses Scharf, daß aus diesem ökumenischen Motiv der verstorbene rheinische Präses Held Kontakte mit den orthodoxen, baptistischen und lutherischen Kirchen in der Sowjetunion aufgenommen habe. Auch das Bemühen des westfälischen Präses D. Wilm und holländischer Kirchenvertreter um einen Zusammenschluß der europäischen Kirchen sei ein entscheidender Dienst und müsse in enger Fühlungnahme mit den Organen des Weltkirchenrates, insbesondere mit seinen beiden europäischen Präsidenten, weiter gefördert werden. Präses Scharf teilte mit, daß der Rat der EKU beschlossen habe, Präses Wilm und einem von den deutschen lutherischen Kirchen zu benennenden Vertreter die Verantwortung für diese europäisch-kirchliche Arbeit zu übertragen. „Wir hoffen, daß die VELKD auf das Angebot des Rates eingeht.“

Eine Kundgebung über Christ und Staat

Die Synode nahm einstimmig den Tätigkeitsbericht ihres Ratsvorsitzenden an und dazu ein eigenes „Wort der Hilfe, wie wir Christen uns zu unserem Staat verhalten sollen“. Dieses wichtige Dokument, das für die Beurteilung kommender Entwicklungen bestimmend sein dürfte, drucken wir im Wortlaut ab und verzichten im Interesse der Sache auf einen Kommentar:

„Viele Christen wissen heute nicht, wie sie sich als Menschen, die Gott gehorchen wollen, dem Staat in der DDR gegenüber verhalten sollen. Der seelische Druck, unter dem sie stehen, bringt sie in die Gefahr, in ihrem Glauben wankend zu werden oder auch mit Haß zu antworten. Beides wäre Ungehorsam gegen unseren Herrn, der uns in den Dienst seiner Liebe genommen hat. Darum wollen wir versuchen, ihnen ein Wort zur Hilfe zu sagen.

I.

In der Presse und in öffentlichen Versammlungen erfolgen in einer Schärfe, die über jedes bisher erlebte Maß hinausgeht, Angriffe nicht nur gegen einzelne kirchliche Persön-

lichkeiten, sondern auch gegen grundlegende Glaubenssätze. Diese Angriffe sind nur die äußeren Anzeichen einer tiefgehenden Entscheidung. Jetzt ist nicht nur die den Staat bestimmende Partei, sondern der Staat selbst auf dem Wege, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung die Leugnung Gottes und seines Willens zur verbindlichen Weltanschauung zu machen. Damit wird der durch die Verfassung der DDR rechtlich gesicherte Raum, unseren christlichen Glauben zu leben, immer mehr eingeengt. Dafür gibt es ein deutliches Beispiel: Der Staat setzt heute seinen Apparat, vor allem aber die Schule, ein, um für die Jugendweihe zu werben. Dabei haben maßgebende Vertreter des Staates die Jugendweihe als Bekenntnis und Gelöbnis zu einer Weltanschauung ohne Gott bezeichnet. Viele fragen sich: wie kann ich als ein Christ, der an den Willen seines Herrn gebunden ist, noch in diesem Staate leben und mitarbeiten?

II.

Dennoch wäre es gegen den Willen unseres Herrn, wenn wir uns verbittern und blinde Ablehnung in uns aufkommen ließen, die nur verneint. Die Heilige Schrift sagt uns: „Es ist keine Obrigkeit ohne von Gott. Wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet“ (Römer 13, 1). Dies Wort läßt keine Ausnahme zu. Nicht die Staatsform, nicht die Art, wie der Staat entstanden ist, nicht einmal, wie er sich selbst versteht — ob er Gottes Willen erkennt und anerkennt oder nicht —, ist maßgebend dafür, wie wir Christen zu ihm stehen; sondern Gottes Wort befiehlt uns, den Staat in seinem Auftrag als ein Werkzeug Gottes ernst zu nehmen. Gottes Wort befiehlt uns darum auch, von dem Staat trotz aller Enttäuschungen immer wieder Handlungen zu erwarten, in denen wir Christen Gottes bewahrende Güte erkennen können — nicht, weil die Staatsmänner von sich aus nach Gottes Willen fragten, sondern weil Gott der Herr aller menschlichen Ordnung ist (1 Petrus 2, 13) und darum sich niemand seinem Willen entziehen kann. Ein Christ ist aus der Verantwortung für seinen Staat niemals entlassen. Er nimmt sie auch dann wahr, wenn er in Gehorsam gegen Gottes Wort Widerspruch anzumelden hat. Gerade so weist er den Staat an seine Würde, die er nicht von Menschen, sondern von Gott hat. Wir erinnern an das Wort der Bekenntnissynode von *Barmen*: „Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht gelösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an... Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen“ (Barmen V).

III.

Wir werden uns mit Ernst fragen müssen, ob wir das Ja zum Staat als dem guten Werk Gottes und das Nein zu jedem falschen Anspruch lauter und glaubwürdig gesagt haben, oder ob wir in allzu kluger Taktik Entscheidungen ausgewichen sind, die von uns gefordert waren. Die evangelische Kirche ist nicht das Werkzeug eines politischen Machtblocks, auch nicht eines kirchlichen Machtwillens. Wir haben das bisher nicht immer eindeutig genug bezeu-

gen können. Wir müssen uns bemühen, in unserem Reden und Handeln Verdächtigungen dieser Art keinen Vorschub zu leisten. Wenn wir auch nicht nachlassen, die Wiedervereinigung von Gott zu erbitten und dafür zu arbeiten, so leben wir doch nicht von der Hoffnung auf den ‚Tag X‘, sondern auf den Tag des Herrn. Wir müssen uns auch prüfen, ob wir unsere Stellung zu diesem Staat nicht von einem Bilde abhängig gemacht haben, das wir aus der Vergangenheit oder aus dem Blick auf andere Staaten gewonnen haben.

IV.

Wir können dem Staat nicht auf seinem Wege folgen, wenn er die marxistisch-leninistische Weltanschauung zu seiner eigenen Sache macht und mit seinen Mitteln durchsetzen will. Gerade dadurch, daß wir hier ein klares Nein sagen, verhelfen wir ihm zu seiner wahren Bestimmung und bewahren ihn davor, den Menschen seelisch zu vergewaltigen. Wir müssen unserem Herrn mit unserem ganzen Leben gehorchen, denn Gott und der Glaube an ihn sind uns nicht ‚religiöse‘ Zutat zu unserem sonstigen Leben. Gott, der Vater Jesu Christi, ist der Herr unseres ganzen Lebens und der ganzen Welt.

Weisungen

Wenn wir unseren Herrn nicht verraten wollen, werden wir die folgenden Weisungen beachten müssen:

1. Christus selbst verpflichtet uns, Menschen zu rufen, daß sie seine Jünger werden. Nach evangelischem Verständnis ist das keine Zutat zu dem, was die Kirche sonst zu tun hat. Dieser Auftrag macht ihr Leben aus.
2. Weil die Kirche die Schar derer ist, die sich unter Gottes Herrschaft hat stellen lassen, muß sie daran festhalten, daß ihr Reden, ihr Leben und ihr Handeln an ihren Gliedern und an den Menschen außerhalb allein durch Gottes Willen bestimmt wird.
3. Wir können es nicht für möglich halten, daß ein Christ sich zugleich zu seinem Gott und zu einer Weltanschauung bekennt, die Gottes Existenz bestreitet. Dazu darf uns auch die Angst nicht treiben. Christus preist die selig, die um seines Namens willen leiden.
4. Wir bleiben mit Christen verbunden, auch wenn sie in anderen Staatsbereichen leben, auch wenn sie andere politische Überzeugungen haben als wir.
5. Wir sind über allem anderen verpflichtet, Gottes Willen zu tun. Der Wille Gottes aber sind seine Gebote, ausgelegt durch die Lehre und durch das Leben und Sterben unseres Herrn Jesu Christi. Gottes Gebot ist es, daß wir eintreten für das Recht des Menschen, wo immer ihm Unrecht geschieht. Gottes Gebot ist es, nicht zu hassen, sondern zu lieben. In jedem Falle und allen Menschen gegenüber sind wir an Jesu Wort gebunden: „Liebet eure Feinde, segnet, die euch fluchen, bittet für die, die euch beleidigen und verfolgen.“ Gottes Gebot ist es, daß wir zur Versöhnung helfen, wo Streit ist.
6. Wo immer uns die Möglichkeit gegeben wird, Gutes zu tun — auch im Bereich des öffentlichen Lebens —, sind wir dazu bereit, weil wir im Dienste Gottes stehen, der das Gute will. „Suchet der Stadt Bestes... und betet für sie zum Herrn“ (Jeremias 29, 7).“
(Zu der oben zitierten Barmer Theologischen Erklärung von 1934 vgl. Herders Taschenbuch Nr. 10: „Christen suchen Eine Kirche.“ Dort ist sie abgedruckt und in ihrem geschichtlichen Zusammenhang erklärt.)

Zum Zuchthaus-
urteil gegen
Pfarrer Schmutzler

Am 27. November hatte der Strafsenat des Leipziger Bezirksgerichts den 42-jährigen Studentenpfarrer Dr. Siegfried Schmutzler nach fast achtmonatiger Haft „wegen Boykotthetze gegen die demokratischen Einrichtungen und Organisationen gemäß Artikel 6 der Verfassung der DDR“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Beweisaufnahme stellte man fest, „daß es an den Universitäten der DDR keine Studentenpfarrer als staatliche Einrichtung gebe“. Das Gericht bemerkte mehrfach, daß Schmutzler nicht als Pfarrer angeklagt sei, sondern als „Bürger der DDR, der die Gesetze unseres Staates verletzt hat“. Hauptanklagepunkte waren seine „Beziehungen zu reaktionären westdeutschen Kirchenkreisen, die ihm Anweisungen gaben, für die NATO-Politik zu werben und zu diesem Zweck illegale Organisationen zu bilden“. Er habe mindestens zu sechs Evangelischen Akademien in der BRD Verbindungen unterhalten und gestanden, daß er seine Leipziger Studenten dort hingschickt habe, damit sie antimarxistisch beeinflußt würden und lernen sollten, die Verhältnisse in der DDR zu verändern. Er habe im westdeutschen Auftrag ein ganzes System illegaler Zirkel und sozialetischer Kleinkreise, akademische Hauskreise und dergleichen gegründet. In seinen Evangelisationsvorträgen habe er versucht, seine Zuhörer aufzuwiegeln. Auch habe er laufend das Landeskirchenamt in Dresden mit Berichten versorgt, die Material gegen den Staat enthielten. Zu diesem Punkt stellte der sächsische Landesbischof Noth vor der Landessynode fest, Schmutzler habe ihn unterrichtet, damit die Landeskirchenregierung über die Beschwerden mit dem Staat verhandeln könne, nicht aber, um das Material gegen den Staat auszuwerten. Das sei seine Pflicht, nicht aber konterrevolutionäre Tätigkeit gewesen.

Die empörten Kennzeichnungen dieses Prozesses durch evangelische Kirchenführer sind hinlänglich bekannt. Weniger bekannt ist die eindrucksvolle Schilderung der Person Schmutzlers durch Professor Helmut Thielicke. Er schreibt im Hamburger „Sonntagsblatt“ u. a.:

Wer war Schmutzler?

„Wenn mich vieles an unserer westlichen Satttheit und auch am westlichen Christentum beelendete, habe ich an ihn gedacht. Dieser Gedanke an ihn hatte etwas Tröstendes. Unzählige Studenten vertrauten ihm die Nöte, Ängste und Verzweiflung an, mit denen sie das ideologische Regime belastete. Er rief sie zur Gradheit, zur Tapferkeit des Glaubens auf, ohne im geringsten fanatisch zu sein oder gar einen Wettlauf nach der Märtyrerkrone in ihnen auszulösen. Er war völlig unpathetisch und nüchtern in seiner Arbeit. Er verlangte von seiner Studentengemeinde einen kompromißlosen Weg. Aber er ging ihn selber voran und stand überall an der Front. Er suchte das Gespräch, aber auch die Kampfdebatte mit den Kommunisten; und er war gefürchtet, weil er den Marxismus-Leninismus aus dem ‚ff‘ kannte, weil er mit den Funktionären auf deren eigenem Boden zu debattieren wußte und ihn dann auch eine blitzende Kampfesfreude erfüllen konnte... Obwohl ein Sachkenner und auch ein virtuoser Debattierer, war er allem ehrgeizigen Kitzel entrückt; es war keine Spur davon zu finden, daß er seine Überlegenheit genossen hätte; denn er suchte die Seele — auch die seiner kommunistischen Brüder. Es schwang ein Unterton in seiner Stimme, der den Hirten erkennen ließ. Er dachte nicht

einfach an die Front: hie Christ, hie Marxist. Alle klerikale Selbstbehauptung ‚christlicher Belange‘ war ihm fremd. Er suchte die Entführten, die Verlorenen und die auf eine falsche Seite Geratenen. Er haßte seine Gegner nicht, sondern er trauerte um die Opfer einer großen Verführung. Und viele von ihnen spürten das. Viele von der ‚anderen Front‘ besuchten ihn wie Nikodemus bei Nacht. Dann trug er mit ihnen den Schmerz der verwundeten Gewissen. Sie wußten, daß er die Beichte in seinem Herzen verschloß, und sie vertrauten ihm, weil er mit Leben und Freiheit für alles einstand, was er verkündigte. Er sprach über die Sünden des Regimes, wo immer er stand; aber er suchte die Sünder. Er war ohne jede Furcht, denn er lebte in Frieden.“

Nichts kennzeichnet die tatsächliche Unschuld Schmutzlers mehr als die Erklärungen staatlicher Stellen, sie würden den Prozeß abstoppen und den Verhafteten freilassen, wenn die Kirchenregierung ihn von seinem Posten abberufe. Er war ihnen zu mächtig, er brach in den Seelen die Gewalt der marxistischen Ideologie, er verweigerte die Anbetung des Tieres und stärkte die Menschen, es ihm gleich zu tun. Das ist die Wahrheit im Falle Schmutzler.

Das zweite Treffen
evangelischer
und katholischer
Publizisten

Vom 6.—9. Dezember 1957 fand in der „Kommende“, dem Institut für katholische Sozialarbeit in Dortmund-Brackel, das zweite Treffen von etwa hundert evangelischen und katholischen Publizisten statt. Hier wurden die in Loccum Ende März begonnenen Gespräche fortgesetzt (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 369). Sie waren ebensowenig offiziell und ebenso zwanglos wie in Loccum. Zur Begrüßung sprachen der Weihbischof von Paderborn und jetzige Bischof von Essen, Dr. Franz Hengsbach — der auf ein ihm von seinem Freunde Klaus v. Bismarck geschenktes Kruzifix im Saal verwies —, und Oberkirchenrat Dr. Thimme in Vertretung seines Präses Wilm, der gerade auf der Synode der EKU in Berlin-Ost weilte. Zum Abschluß erschienen Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger und der lutherische Bischof Halfmann, Kiel, und jeder von ihnen erzählte den Publizisten aus seiner Sicht etwas vom Stand der interkonfessionellen Arbeit. Aber das war nur die Umrahmung der Gespräche, zu der auch die theologischen Eröffnungsvorträge von Prof. Edmund Schlink, Heidelberg, und Prof. Hermann Volk, Münster, über das Thema „Die Kirche wandert im Glauben dem kommenden Herrn entgegen“ gehörten. Sie schufen ebenso wie die Begrüßungsansprache von Dr. theol. Albert Brandenburg, Paderborn, dem Geschäftsführer des Johann-Adam-Möhler-Instituts, die Atmosphäre der Tagung. In den Diskussionen der Publizisten selber ging es darum, sich in offener Weise die fehlende Kenntnis über den geschichtlichen und dogmatischen „Hintergrund“ jener kirchlichen Meldungen zu verschaffen, die ihnen täglich auf den Tisch fallen. Dieses Gespräch war von einer großartigen Sachlichkeit und Nüchternheit beherrscht, sein Zweck war Unterrichtung und nichts anderes, und dadurch Verständnis und berufliche Kollegialität. Diesem Gespräch leisteten die Vorträge von Karlheinz Schmidhüs über „Organisation und Tendenz des gegenwärtigen deutschen Katholizismus“ und von Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Hannover, über „Gründe für die politischen Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche“ einen guten Dienst. Wir können nur

wiederholen, was wir zum ersten Treffen sagten: „Es wäre fehl am Platze, diese von verantwortlichen Männern der publizistischen Praxis aufgenommene Zusammenarbeit zu unterschätzen.“ Damit ist viel gesagt! Und so wird auch das für Juni 1958 geplante dritte Treffen in der Evangelischen Akademie Tutzing diese nützliche Arbeit sicher gut fortsetzen.

Arbeitstagung für Religionssoziologie in Göttingen

Am 2. November 1957 trafen sich in Göttingen mehr als 50 Soziologen, Theologen und Seelsorger beider Konfessionen, darunter die Professoren Werner Schöllgen, Bonn, Nikolaus Monzel, München, Ludwig Neundörfer, Frankfurt, L. Hofmann, Trier, sowie Heinz-Dietrich Wendland, Münster, Otto Weber, Göttingen, Gerhard Heilfurth, Friedewald, und Oberkirchenrat Dr. Zieger, Hannover, zu einer Arbeitstagung. Das Ziel der Zusammenkunft sollte sein, wie Prof. Helmut *Schelsky*, Hamburg, der eingeladen hatte und den Vorsitz führte, zu Beginn formulierte, die verschiedenen religionssoziologischen Arbeitsgruppen in Deutschland über den Stand der abgeschlossenen und laufenden Arbeiten zu informieren und die damit verbundenen Erfahrungen sachlicher wie methodischer Art miteinander auszutauschen.

Das Thema der Arbeitstagung beschränkte sich auf „Die empirisch-soziologische Untersuchung der Pfarrei (Kirchengemeinde)“. Es behandelten: W. Menges, ICARES-Königstein, den Stand der ausländischen empirischen Religionssoziologie auf katholischer Seite; Dietrich Goldschmidt, Berlin, die Berührungspunkte zwischen theologischer und soziologischer Forschung in Deutschland; Rektor A. Weyand, Münster, die sogenannte Marlstudie; P. Schreuder OFM, Nijmegen, seine Untersuchungen in einer Frankfurter Vorstadtpfarrei; Vikar R. Köster, Hamburg, und Dr. Rendtorff, Münster, die „Kirchentreu“ in einer evangelischen Pfarrei Hamburgs bzw. die Struktur der evangelischen Kirchengemeinde nach kirchlichen Lebensformen. — In der Diskussion wurden Sach- und Methodenfragen der Pfarrsoziologie behandelt sowie auf laufende und geplante religionssoziologische Forschungen in Deutschland hingewiesen.

Der Verlauf der Arbeitstagung zeigte die Notwendigkeit und Fruchtbarkeit des gemeinsamen Gesprächs auf diesem Gebiete. Daher waren sich auch alle Teilnehmer darüber einig, die Arbeit in dieser Form fortzuführen und einen Fachausschuß als Informations- und Ausschußgremium für die verschiedenen auf religionssoziologischem Gebiet arbeitenden Gruppen im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zu konstituieren. Zu geschäftsführenden Sekretären des Fachausschusses wurden einstimmig Dietrich Goldschmidt, Berlin, und Franz Greiner, Freiburg i. Br., gewählt.

Kongreß der sowjetischen Atheisten Kurz vor den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution hielt die „Alluniongesellschaft für Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse“ unter Vorsitz ihres Präsidenten, des Parteiphilosophen Professor M. B. Mitin, einen Kongreß ab, der in Form eines Seminars den anwesenden 350 Propagandisten Aufschluß über Inhalt, Methoden und Form der „wissenschaftlich-atheistischen“ Propaganda geben sollte. Nach Übernahme der propa-

gandistischen Vortragsarbeit vom Kulturministerium der UdSSR kommt der genannten Gesellschaft heute eine besondere Bedeutung in der atheistischen Propaganda zu — um so mehr, als diese Propaganda nach den heutigen Grundsätzen den „Charakter eines ideologischen Kampfes der materialistischen, wissenschaftlichen Weltanschauung gegen die antiwissenschaftliche, religiöse“ haben soll, worin die beiden anderen mit der antireligiösen Arbeit beauftragten Organisationen (Komsomol und Gewerkschaften) noch mehr als ohnehin schon versagen (bis zum Krieg gab es noch den Bund der militanten Gottlosen; die Gesellschaft für Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse ist auf dem antireligiösen Sektor als seine Nachfolgeorganisation anzusehen).

Aus dem Hauptreferat Mitins ging hervor, daß man immer noch Mühe hat, jene schon Mitte der zwanziger Jahre angenommene Mittelstellung im Kampf sowohl gegen die Vertreter eines scharfen Kurses mit administrativen Repressalien und direkten Angriffen gegen die Geistlichkeit als auch gegen die Vertreter der Theorie vom Selbstabsterben der Religion unter den Bedingungen des Sozialismus einzuhalten. Der ersten Gruppe hat das Zentralkomitee der Partei immer wieder das Handwerk zu legen versucht, zumindest mit offiziellen Verlautbarungen, und die Direktive vom 10.11.54 (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 155 f.) scheint sich diesmal in dieser Hinsicht durchgesetzt zu haben. Aber diese Gruppe meint nun, wie Mitin rügte, „daß man die Religion nicht bekämpfen kann, wenn man nicht den Kampf gegen die Geistlichkeit führt. Sie erwiesen sich als unfähig, die antireligiöse Arbeit auf neue Art und Weise zu organisieren.“ So hat sich auch diese Gruppe der im Grunde resignierenden, defätistischen Haltung der Vertreter der Theorie vom Selbstabsterben der Religion genähert.

Mitin wies nachdrücklich auf solche Tatsachen hin, die diese Theorie widerlegen. Gerade die geringe Beachtung, die man der atheistischen Propaganda schenkt, schaffe günstige Bedingungen für eine Verbreitung der religiösen Ideologie. „In der letzten Zeit sind die Kirchenleute erheblich aktiver geworden. Es gibt jetzt keinen Gottesdienst, der nicht von einer Predigt begleitet wird, die den Zweck verfolgt, das Interesse zur Religion zu beleben. Besondere Beachtung wird der Erläuterung ‚des göttlichen Sinnes der Riten bei ihrer Abhaltung in der Kirche‘, einer musterhaften Abhaltung der Gottesdienste geschenkt.“

Grobe Verstöße gegen die Parteidirektiven seien in der antireligiösen Arbeit in letzter Zeit nicht mehr zu verzeichnen gewesen, „die Fälle von Beleidigungen der Gefühle der Gläubigen sind selten geworden“, sagte Mitin. Doch sei das Niveau der ideellen und wissenschaftlichen antireligiösen Vortragstätigkeit niedrig, und dieser Umstand sei um so beunruhigender, als die gegenwärtigen kirchlichen Prediger die raffinierte Taktik verfolgen, die alten Dogmen in einer dem Zeitgeist angepaßten Weise auszulegen, sich als Freunde der Wissenschaft auszugeben und einen Bund zwischen Religion und Wissenschaft zu fordern. „Diese Versuche, die Wissenschaft als Propaganda für die Religion zu gebrauchen, haben wir zu entlarven.“

Dieses aktive Eingreifen der Gläubigen in die gegenwärtige Diskussion und die offensichtliche Aufhellung des traditionellen orthodoxen Bewußtseins für die Zeitprobleme ist in Mitins Darstellung eine „Überprüfung der alten religiösen Positionen unter dem Eindruck dessen,

was im Lande geschieht“. Über die Bedeutung dieses Phänomens ist sich der führende Parteiphilosoph durchaus im klaren. „Wenn wir die bei den Gläubigen auftauchenden Fragen nicht beantworten werden, werden sie die Antwort in ‚heiligen‘ Büchern, bei den Kirchenleuten und Sektierern suchen.“

In der Diskussion wurde bemerkt, daß die meisten Gläubigen noch immer in ländlichen Gebieten anzutreffen seien. Zu den „objektiven“ Faktoren, die das Verschwinden der „religiösen Vorurteile“ aufhalten, gehören nach Ansicht eines Diskussionsredners die immer wieder auftretende Dürre in gewissen Gebieten, das niedrige kulturelle Niveau, der Einfluß der bürgerlichen Ideologie (besonders in der Moldau und Westukraine) und schließlich die „aktive Arbeit der Sektierer und Kirchenanhänger“. Unzureichend sei die Heranbildung neuer Kader für die antireligiöse Arbeit in den Universitäten und anderen Lehranstalten, und die alten Atheisten hätten ihre Arbeit meist aufgegeben. Bei der Besprechung der Mängel in der antireligiösen Erziehung in der Schule kam ans Tageslicht, daß nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrer voller „religiöser Vorurteile“ sind. Im Lehrprogramm der höheren Schule sei die Notwendigkeit antireligiöser Erziehung völlig unberücksichtigt. Die Ministerien für Kultur und Bildung täten nichts für die antireligiöse Propaganda und für eine entsprechende Heranbildung von Kadern.

Die im Auftrag der Gesellschaft eingesetzten Lektoren arbeiten „abstrakt“, hieß es weiter, und kennen zum größten Teil weder die religiösen Bücher, die gegenwärtige religiöse Literatur noch das Leben und die Ideen der heutigen Kirche.

Ein Redner führte den Mißerfolg der antireligiösen Arbeit auf die zu geringe Berücksichtigung der Formen individueller Arbeit mit den Gläubigen zurück — im Hinblick darauf, daß der Erfolg der Priester und Sektierer gerade durch ihr Eingehen und Einwirken auf den einzelnen Menschen bedingt sei.

Die pessimistische Grundtendenz des Hauptreferats von Mitin stieß teilweise auf Ablehnung. Man solle die Dinge nicht so sehr unter dem Aspekt der auflebenden Aktivität der Kirche, als vielmehr von der Seite der atheistischen Propagandaarbeit her sehen. Andere Redner dagegen pflichteten Mitin bei und gingen in ihrem Pessimismus so

weit, daß sie die Aussichten auf eine Verbesserung der ganzen antireligiösen Arbeit, wenn sie nicht demnächst von der Partei unterstützt werde, als hoffnungslos bezeichneten. Aus dem in den „Fragen der Philosophie“ (Nr. 5, 1957) veröffentlichten Bericht über den atheistischen Kongreß geht hervor, daß das klassenkämpferische Motiv in der Bekämpfung der Religion für den Gebrauch in der Sowjetunion tatsächlich fallengelassen ist. Dafür wird es um so mehr wieder für außenpolitische Zwecke angewandt. In einem langen Interview mit dem Amerikaner W. R. Hearst gab Chruschtschew mit salbungsvollen Phrasen seiner sittlichen Empörung darüber Ausdruck, daß man in der kapitalistischen Welt zu Gott ja nur bete, um damit alle möglichen menschenfeindlichen und verbrecherischen Ziele zu maskieren („Isvestija“, 29. 11. 57). Die Propaganda scheint vor kurzem in dieser Richtung bestimmte Hinweise erhalten zu haben: Am 1. 12. brachten sowohl die „Isvestija“ als auch die „Komsomolskaja Pravda“ gehässige Angriffe gegen die heuchlerische Rolle der Religion im Westen. Diese Tendenz kam auch in der atheistischen Versammlung zum Ausdruck. Aber gerade hierbei zeigte sich die Prinzipienlosigkeit des typisch bolschewistischen Opportunismus mit aller Deutlichkeit. Mitin warf den Imperialisten vor, den Islam für die Zwecke ihrer Nahostpolitik zu gebrauchen, sagte aber im selben Atemzug: „Wenn wir den antiwissenschaftlichen Charakter des Islam aufzeigen, müssen wir gleichzeitig seine Rolle in der gegenwärtigen Lage berücksichtigen, wo unter seinem Zeichen eine ganze Reihe von Bewegungen mit großer progressiver Bedeutung vor sich geht, insbesondere der Kampf der arabischen Völker unter Führung Ägyptens um ihre Unabhängigkeit. In den Ländern des Ostens gibt es noch viele Menschen, bei denen sich religiöse und nationale Gefühle überschneiden.“

Selbstverständlich wurde nicht vergessen, erneut den Vatikan in der doppelten Rolle eines Zentrums der Obskuranz und des Imperialismus hinzustellen. „Einer der reaktionärsten und raffiniertesten Verteidiger des Obskurantismus ist der Vatikan, der in allen gegenwärtigen Fragen eine Position einnimmt, die mit der Politik der regierenden Kreise der USA identisch ist. Unsere Lektoren müssen die Geschichte und Politik des Vatikans gut kennen.“

Die Stimme des Papstes

Die Weihnachtsbotschaft des Heiligen Vaters 1957

Papst Pius XII. hielt auch 1957 seine Weihnachtsbotschaft an die Welt schon am 4. Adventsonntag, der auf den 22. Dezember fiel. Wiederum war es eine Abrechnung mit dem „technischen Geist“, die dem „totalen Pessimismus“ und dem „Kult der Sinnlosigkeit“ die gottgegebene Harmonie der Schöpfung gegenüberstellte. Er mahnte die Christen, zur Erhaltung der göttlichen Ordnung tätig „in alle Dinge der Welt einzugreifen“ und zusammen mit allen Menschen guten Willens „ihre besten Kräfte“ für den Frieden einzusetzen. Die Botschaft hat folgenden Wortlaut:

„Erhebe deine Augen, Jerusalem, und schau die Macht des Königs: Sieh, der Erlöser naht, dich von den Banden zu

lösen“ (Brev. rom. fer. 2 infra heb. I adv. ad magnif.). Diese mütterliche Einladung der Kirche, den Blick zum Himmel zu erheben, um von dort Gott als Erlöser und mit ihm die Befreiung von den Fesseln der Unordnung, die die Geister beunruhigt, zu erwarten, möchten Wir euch, geliebte Söhne und Töchter des katholischen Erdkreises, als väterlichen Wunsch zu diesem Weihnachtsfest wiederholen. Wohl haben die Menschen an diesem Fest den Blick nach oben gerichtet, doch ihre Herzen sind bedrückt von ängstlicher Sorge um das ungewisse Schicksal der Menschheitsfamilie und selbst ihres Verbleibens auf dieser Erde.

Nicht so haben die Hirten von Bethlehem und die Weisen